

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Kreuzband für Deutschland 4.80 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Jahreslos sind die achtseitigen Doppelseiten über dem Raum 1,20 M., Wortanzeigen des festgesetzten Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Teuerungszuschlag 70 Proz., bei Familien- u. Versammlungszugängen fällt der Zuschlag fort. Instruktion für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Sieg der englischen Eisenbahner

### Die Bedingungen für die Beendigung des Streiks.

Die in dem Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe enthaltene optimistische Beurteilung der Aussichten des englischen Eisenbahnstreiks wird durch die jetzt eingetroffenen Meldungen über die Bedingungen, unter denen die Beendigung des Streiks erfolgt ist, vollkommen bestätigt. Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung:

London, 6. Oktober.

Der Telegraphen-Union wird über die Bedingungen, unter denen die Beilegung des Eisenbahnstreikes erfolgte, gemeldet: Die streikenden Eisenbahner nehmen die Arbeit sofort wieder auf. Die Verhandlungen werden fortgesetzt unter der Voraussetzung, daß sie vor Ende des Jahres beendet sind. Die gegenwärtigen Lohnsätze bleiben bis September 1920 aufrechterhalten und können dann herabgesetzt werden, wenn die Preise der Lebenshaltung inzwischen gefallen sein sollten.

Der volle Zugverkehr wird möglicherweise bereits Dienstag wieder im Gange sein.

Die englische Regierung hat also ihre vielfach geltend gemachte Forderung vollkommen aufgeben müssen, daß die

Arbeitsaufnahme zu erfolgen habe, bevor in die Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner eingetreten werden könne. Die Geschlossenheit der Eisenbahner sowie die Unterstützung, die ihnen durch die übrige Arbeiterschaft zuteil wurde und noch werden sollte, haben der Regierung gezeigt, daß sie in diesem Machtkampf den schwächeren Teil darstellt. Und sie haben sie deshalb veranlaßt, den Kampf nicht auf die Spitze zu treiben und die Verständigung zu suchen unter weitgehenden Zugeständnissen an die streikenden Eisenbahner.

Demnach sachlich haben die Eisenbahner einen großen Erfolg errungen. Sie haben die Eisertheit erzielt, daß die Beratung ihrer Forderungen bis Ende des Jahres erledigt sein muß. Sie haben ferner erreicht, daß die beabsichtigte Herabsetzung ihrer Löhne, wegen der sie den Kampf aufgenommen haben, am 1. Januar nicht eintreten wird. Sie haben durchgesetzt, daß ihnen ihre jetzigen Löhne bis September 1920 garantiert werden und daß eine Herabsetzung nur erfolgen kann, wenn die Lebensmittelpreise inzwischen gesunken sind.

Der Kampf und der Erfolg der englischen Eisenbahner ist außerordentlich lehrreich. Er zeigt, was eine Arbeiterschaft erreichen kann, wenn sie geschlossen und einmütig auftritt. Weder die Gewaltmaßnahmen der Regierung noch die feindselige Haltung des Bürgertums haben die Geschlossenheit der Streikenden zu erschüttern vermocht und dadurch ihren Sieg herbeigeführt. Ihre Solidarität hat daher der englischen Regierung eine Niederlage beigebracht, die wohl kaum ohne politische Wirkungen bleiben dürfte.

## Lüttwisch will nicht abrüsten!

Herr Roske versichert unter Ausbietung seiner ganzen Lungenkraft immer wieder von neuem, eine Herabsetzung der Reichswehr auf den im Friedensvertrag vorgesehenen Stand sei im Hinblick auf die steigende „holländische Gefahr“ nicht durchführbar. Wir haben demgegenüber wiederholt festgestellt, daß der Bolschewismus nur ein Poyana ist, mit dem man die Reichsgläubigen im Inland und die kapitalistischen Kreise der Entente benebeln will um ihnen die Notwendigkeit einer starken deutschen Wehr macht geläufiger zu machen. In Wirklichkeit sind es natürlich ganz andere Gründe, die die Militärkommande veranlassen, die Truppen um jeden Preis in ihrer heutigen Stärke zusammenzubehalten. Die monarchistischen Offiziere wollen auf alle Fälle ein streng diszipliniertes, schlagkräftiges Heer in der Hand haben, um mit ihm zu irgendeiner Stunde loszuschlagen zu können. Mit welchen Mitteln sie aber ihre wahren Ziele zu verfeinern suchen und in welcher Weise sie die Regierung für ihre Zwecke zu gewinnen trachten, das zeigt folgendes, von unserem Cottbuser Bruderblatt dem „Freien Volkswillen“, veröffentlichtes Schriftstück:

Berlin, den 25. Juli 1919.

Reichswehrgruppenkommando 2  
Ia Org. Nr. 10 824 A I.

Die bevorstehende Vereingung der Wehrmacht auf Grund der Friedensbedingungen fordert allein vom Reichswehrgruppenkommando 1 eine Entlassung von rund 90 000 Offizieren und Mannschaften binnen 8 Monaten.

Von Seiten des Reichswehrgruppenkommandos ist mehrfach mündlich und schriftlich auf die aus diesen Maßnahmen erwachsenden Gefahren hingewiesen. Ich halte es aber für meine Pflicht, auf Grund aller Erfahrungen und besonders mit Rücksicht auf Ereignisse der letzten Zeit meine Auffassung erneut zur Sprache zu bringen.

Die rein wirtschaftlichen Gefahren liegen klar. Die Zahl der Erwerbslosen wächst durch die Entlassung und die Rückkehr der Kriegesgefangenen rasant an, daß auch die vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen (Arbeiterbataillone mit Reichswehrgehilfen, Arbeitsnachweise) nicht ausreichen werden, um die Leute unterzubringen und zu versorgen. Der bei vielen auch geschilderten Leuten vorherrschende Gedanke, nach ihrer Erfüllung auf die Straße gesetzt zu sein, muß die Unzufriedenheit steigern und wird zweifellos viele in die Arme der Spartakisten und Kommunisten treiben. Daß der Bolschewismus auf diese Tatsache baut, ist bekannt, und leider sind diese Hoffnungen nicht unberechtigt. Mit jedem entlassenen Mann wächst die Macht des Umsturzes, die Kampfkraft der Truppen geht zurück. In der Truppe selbst greift schon jetzt eine größere Unruhe Platz, weil die berechtigten Frage: Wann werde ich auf die Straße gesetzt? — in allen Köpfen kunkt. Dem Recken die Führer machtlos gegenüber. Daß der innere Wert der Truppe unter solchen Umständen leiden muß, ist selbstverständlich, und bereits erwiesen. Jede Verschiebung, jede Verletzung eines Truppenteils führt auf Widerstand, weil die brohende Auflösung des Verbandes dahinter gesucht wird. Von mündlichen und schriftlichen Einwendungen und Widersprüchen hat die Entwicklung in dieser Hinsicht ihren Weg bereits zu „Bedingungen“ und scharf ausgesprochenen „Forderungen“ an den Reichswehrminister genommen. Bis jetzt ist es gelungen, der Dinge Herr zu werden. Regiert aber erst die wirkliche Auflösung von Verbänden, so ist der Weg zur glatten Weigerung mit allen ihren Folgen nicht mehr weit. Ich muß ernstlich und mit allem Nachdruck betonen: Die innere Lage und die Stellung der Regierung ist nicht so, daß wir jetzt mit der Front gegen den Bolschewismus eine überhöfete tiefgreifende, jeden einzigen Verband erschütternde Umorganisation ertragen können. Die Disziplin der Reichswehr ist einer derartigen außergewöhnlichen Anstrengung nicht gewachsen.

Wer glaubt, daß die Zeit der schweren Kriege und Kämpfe vorüber ist, irrt sich!

Ich bin mir vollkommen darüber klar, daß eine Vereingung des Heeres nicht zu umgehen ist, weise aber darauf hin, daß sie in dem geforderten Tempo, wenn überhaupt, so doch bestimmt nicht ohne die schwerwiegendsten Folgen für die Ruhe im Reich durchgeführt werden kann. Ich bitte deshalb dringend darauf hinzuwirken, daß als allerfrühestes Termin für die Vereingung auf Zmal 100 000 Mann von Seiten der Entente der 1. April zugewiesen wird, um einen allmählichen Abbau zu ermöglichen. Ich halte diesen Vorschlag nicht für undenkbar, er hat vielmehr Grund zu der Annahme, daß die Entente die auch für sie unerwünschten politischen Folgen einer plötzlichen Massenentlassung in ihrem ganzen Umfange nicht übersehen und nicht überlegt hat.

Vorbedingung für ein Zugeständnis der Entente ist allerdings, daß führende Männer und Parteien sich in den ange-

## Stadtverordnetenwahlen in Köln.

Köln, 6. Oktober.

Am Sonntag fanden in Köln die Stadtverordnetenwahlen statt. Bis Mitternacht lagen von den insgesamt 404 Wahllokalen die Ergebnisse von 348 vor. Danach haben erhalten: Die unabhängigen Sozialdemokraten 11 419, die Deutsche Volkspartei 8917, Deutsche nationale Volkspartei 3526, Deutschdemokratische Partei 11 072, das Zentrum 74 902 und die rechtssozialdemokratische Partei 68 393.

## Die provisorische Verfassung Elßah-Lothringens.

T. U. Genf, 8. Oktober.

Die französische Deputiertenkammer hat am 4. Oktober die Regierungsvorlage betreffend die provisorische Verfassung Elßah-Lothringens angenommen. Die beiden Provinzen behalten demnach bis zur geordneten Regierung ihre Verwaltung bei, d. h. die vom Deutschen Reich geschaffene Organisations- und Gesetzgebung. Der Vorsitzende des französischen Ministerrates, d. h. Herr Clemenceau, bleibt im Besitze der Regierungsgewalt, die er auch fernerhin durch den Generalgouverneur Millerand ausüben läßt und für deren Handhabung er nur dem französischen Parlament verantwortlich ist. Der Antrag des Abgeordneten Robert Thomas, wonach der von der französischen Regierung ernannte Oberste Rat durch einen Ausschuss von gewählten Vertretern der Gemeinden und Betriebsräte ersetzt werden soll, ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die endgültige gesetzliche Organisation Elßah-Lothringens bleibt dem künftigen französischen Parlament vorbehalten, zu dem die drei Kreise Oberelsah, Unterelsah und Lothringen bei den bevorstehenden Wahlen insgesamt 24 Deputierte und 14 Senatoren zu ernennen haben. Der sozialistische Abgeordnete Lafont beantragte die sofortige Anwendung des neuen französischen Gesetzes über die Veräußerung des konfiszirten deutschen Vermögens auf Elßah-Lothringen zum Zwecke der sofortigen Übernahme der gesamten Rüstlager und ihrer Ausbeutung durch den französischen Staat. Der Generalgouverneur Millerand bekämpfte diesen Antrag, weil er zur wirtschaftlichen Reorganisation des ganzen Landes führen würde. Die Kammer lehnte den Antrag darauf ab.

## Und doch Werbungen für die Reichswehr.

In den bürgerlichen Blättern Magdeburgs mit Einschluß der rechtssozialistischen „Volkstimme“ befinden sich neuerdings Werbungen für die zweite Marine-Division. Ferner hat in Magdeburg ein eigenes Werbeamt seine Tätigkeit aufgenommen, das die Werbungen systematisch organisiert und weil es genau weiß, daß diese Praxis im Widerspruch zu den Friedensbedingungen steht, alle auf Werbungen bezügliche Schreiben mit dem Vermerk „Vertraulich und geheim“ versieht.

Was sagt dazu Herr Roske, der angeblich die Verpflichtung zum Abbau der Reichswehr der Entente gegenüber „loyal“ erfüllen will? Oder weiß er nichts davon, wie er vorgab, nichts von den Werbungen für das Volkstum zu wissen? Obwohl wir ihm duzende Male das Gegenteil unter Aufzählung der Fälle bewiesen haben?

## Die Stützen der Republik.

Die monarchistische Presse hat dieser Tage mit Genugtuung festgestellt, daß an Stelle des Grafen von der Soltz der General von Eberhardt das Oberkommando über die im Volkstum befindlichen deutschen Truppen erhalten hat und den sofortigen Rückzug in die Wege leiten soll. Die alldeutsch-reaktionäre Presse hat guten Grund, über diese Ernennung zu jubelieren. Denn General von Eberhardt unterscheidet sich bezüglich seiner Gesinnung in nichts, aber auch in gar nichts von seinem Vorgänger. Er ist ein eingetragener Monarchist, Feind jeder revolutionären Erregung, hat solchergestalt schon nach Abschluß des Waffenstillstandes mit seiner Minierarbeit begonnen und beim Rückzug der deutschen Truppen über den Rhein durch folgenden Befehl zu erkennen gegeben, daß er sich um die durch die Revolution geschaffenen Rechte den Teufel kümmert:

Armeekorpsquartier der 1. Armee. 18. November 1918. Nachdem die 1. Armee in der Rheinprovinz eingetroffen ist, ist das Gebiet von der deutsch-lugensbürglichen Grenze bis zum Rhein Operationsgebiet. Ich habe am 18. November die Kommandogewalt im Abschnitt Rhein-Affelborn, Arzfeld, Walldorf, Hedenbach, Groß Remwid, Rayen, Daun, Birresborn, Karschhausen, Niederwambach übernommen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden fordere ich auf, mich in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Sollten sich in dem vorgenannten Operationsgebiet Soldaten- und Arbeiterkräfte bilden, so haben sie sich selbstverständlich der militärischen Gewalt unterzuordnen. Das Tragen roter Abzeichen wird auf das Strengste verboten.

Diese unerhörte Annahme des Generals von Eberhardt hat immerhin bei den revolutionären Arbeitern und Soldaten große Entrüstung hervorgerufen. Auf das Drängen unserer Genossen in der Regierung mußte der renitente Herr schließlich abgesetzt werden. Inzwischen hat sich die Regierung auch dieses Mannes wieder angenommen und ihn mit der Sicherung der Republik im Sinne der Roskepolitik beauftragt. Für die festesten Stützen der Hohenzollern-Regierung haben die derzeitigen Machthaber Deutschlands ja überhaupt ein ganz besonders warmes Interesse. Die Mehrzahl der Reichswehrgeneräle ist vom hohen Adel, nur vier tragen einen bürgerlichen Namen.

Wichtigsten ansehensvollen politischen Zeiten jeder Neuherausgabe enthalten, die von der Entente dahin ausgelegt werden könnte, als ob eine militärische Kamorilla lediglich aus Eigenmuth und ohne zwingende politische Nothwendigkeit die Erhaltung eines unübrig strengen Regimes erstrebe.

Der kommandierende General  
Gen. von Lüttich,  
General der Infanterie.

Zu den Herren Reichswehrminister.  
Abtheilung an:  
den Herrn Reichspräsident,  
den Herrn Ministerpräsident,

Kriegsministerium,  
Großer Generalstab, Berlin,  
Befehlshaber Koblenz,  
die Herren Kommandeure (bis einschl. Regt.) persönlich.

Herr Lüttich befürchtet also, daß die in der Reichswehr untergeordneten Offiziere und Mannschaften ihre Posten verlassen könnten und ruft daher den maßgebenden Regierungsstellen eindringlich ins Gewissen, von einer Herabsetzung der Reichswehr Abstand zu nehmen. Wie aus den bombastischen Reden Noskes hervorgeht, ist die Regierung den Wünschen der Militärs nach bereitwillig nachgegeben. Das Heer zählt heute noch über 400 000 Mann und kostet dem deutschen Volke monatlich die Riesensumme von anderthalb Milliarden Mark. Und um für diese zum Fenster hinausgeschleuderten Gelder eine Begründung zu haben, wird die Dessenlichkeit durch verlogene Putschnachrichten dauernd in Angst und Schrecken versetzt, damit die Reichswehr als rettender Engel erscheint, für den es sich lohnt, recht tief in die Taschen zu greifen, damit er seine Arme auch fernerhin schützend über das Land breitet.

## Troelstra über das politische System der Internationale.

Genosse Troelstra ist nach der Schweiz gereist, um dort an den Kommissionsarbeiten für die Reorganisation der Internationale teilzunehmen. Vor seiner Abreise hatte er eine Unterredung mit der Redaktion von „Der Volk“, in der er seine Gedanken über das politische System der Internationale mittheilte. Die Notwendigkeit, ein neues System auszuarbeiten, erkannte Troelstra bereits 1907. Damals stellte er einen entsprechenden Antrag auf dem internationalen Kongress zu Stuttgart, wurde von Jaurès kritisch unterstützt, drang jedoch nicht gegen die Opposition der Deutschen und Desterreicher durch.

Die Hauptfrage, mit der sich vor allem die Sozialdemokratie der westlichen Länder beschäftigt sei, die, eine neue Staatseinrichtung zu schaffen nach den Wünschen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Gesellschaft und eine neue Organisation des Betriebslebens. „Sozialisierung“ sei das Lösungswort der Zeit. Sie müsse auf der Herrschaft der Volksgemeinschaft über die Betriebsmittel und auf der Ausdehnung unter dem überwiegenden Einfluß der Arbeiterklasse beruhen. Dazu sei die Erweiterung der politischen Demokratie zur sozialen Demokratie notwendig. Die Verschiedenheit des Standpunktes gegenüber dieser Frage innerhalb der verschiedenen Parteien führe in letzter Instanz zu den großen Konflikten, die in Rußland, Deutschland und den Erfolg der Revolution bedrohen.

Der Konflikt wird gewöhnlich auch nicht ganz richtig mit den Worten „Diktatur oder Demokratie“ und daneben „Miteordnung oder Parlament“ ausgedrückt. In Rußland ist der äußerste linke Flügel an der Macht, dessen Grundgedanke die Abschaffung der Demokratie und des Parlamentes, ihre Ersetzung durch die Alleinherrschaft der Lohnarbeiter und ihnen gleichstehende Gruppen. Neben dieser Verkennung der Demokratie steht die viel zu hohe Bewertung durch die Rechtssozialdemokraten, die jetzt die Leitung der deutschen Regierung haben.

Troelstra knüpft daran eine Erwähnung, wie er im Oktober 1914 ein Gespräch mit drei deutschen Sozialdemokraten, die jetzt alle in der Regierung sitzen, auf seinen Hinweis auf die Nothwendigkeit des Kampfes für das demokratische por-

lamentarische Regierungssystem die einstimmige Antwort erhalten habe: „Die Dinge haben nur formale Bedeutung“ und er stellt dieser Antwort den Inhalt der heutigen Regierungserklärungen entgegen, die alle auf den Grundton abgestimmt sind: „Mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie hat das deutsche Volk sein eigenes Geschick vollkommen in der Hand, gebraucht nur die Demokratie und ihre rechtmäßigen Wünsche werden erfüllt.“ Von der Ausdehnung der Demokratie auf das wirtschaftliche und soziale Leben in Deutschland könne man aber so gut wie nichts. Auch die Betriebsräte könnten die Arbeiter in ihrem berechtigten Verlangen nach einer politischen Festlegung der durch sie erzielten Nachstellungen nicht befriedigen.

Sowohl die Ueberschätzung der sozialistischen Möglichkeiten in Rußland, wie ihre Untererschätzung durch die deutschen Mehrheitssozialisten, sowohl die Diktatur der ersten wie die Beschränkung der Revolution auf den Ausbau der politischen Demokratie durch die letzteren führen dazu, daß sich die Regierungen auf die Gewalt stützen müssen. In beiden Ländern wird die Revolution durch ihre eigenen Führer kompromittiert.

## Ein Jubiläum der „Leipziger Volkszeitung“.

Mit einer inhaltlich und technisch ausgezeichnet ausgestalteten Nummer hat die „Leipziger Volkszeitung“ am 1. Oktober den Tag gefeiert, an dem sie vor 25 Jahren zum ersten Male vor das Publikum getreten ist. Unser Leipziger Vaterland hat sich im Vordergrund des Kampfes der Arbeiterklasse und die Befreiung aus dem wirtschaftlichen und geistigen Joch gefanden, und diese Stellung kommt auch in der Nummer zum Ausdruck, die es zu seinem Jubiläum erscheinen ließ. Zwar ist der alte Stad, der an der Wiege der „Leipziger Volkszeitung“ gestanden hatte, heute gefallen und gestürzt, aber das Blatt ist, wie es mit berechtigtem Stolz heute von sich sagen kann, geblieben, was es gewesen ist. Im Wandel der Zeiten hielt die „Leipziger Volkszeitung“ an der revolutionären Ueberzeugung fest, die die Arbeiterbewegung stark und groß gemacht hat. Im politischen Kampfe und im Streite der Meinungen ist sie stets führend und richtunggebend geblieben.

Eine Geschichte der „Leipziger Volkszeitung“ schreiben, hieße zugleich die Entwicklung der deutschen Arbeiterpresse schildern. Als Bruno Schönlank von 25 Jahren nach Leipzig berufen wurde, um die Leitung der an die Stelle des „Volkstrotz“ getretenen „Leipziger Volkszeitung“ zu übernehmen, da gab es wohl schon eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen in Deutschland, aber keine behauptete sich dauernd, die den Arbeitervolk mit der bürgerlichen Presse hätte aufnehmen können. Sie waren nicht viel mehr als wöchentlich oder täglich erscheinende politische Flugblätter, die die Aufgabe der sozialdemokratischen Presse, die bürgerlichen Mäler aus den Wohnungen der Arbeiter zu verdrängen, nicht im entferntesten erfüllen konnten. Schönlank erkannte, daß eine sozialdemokratische Zeitung alle Interessen des Proletariats nicht nur erfassen, sondern auch den Arbeiter in solche Gebiete einführen muß, die ihm bisher fremd geblieben sind. Er gestellte den politischen Teil reichhaltiger aus, er wandte den lokalen Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit zu, er sorgte nicht zuletzt auch dafür, daß das Journal auf eine bis dahin nicht gekannte Stufe gehoben wurde. So kam es, daß die Wirkung der „Leipziger Volkszeitung“ nicht nur auf ihr eigentliches Verbreitungsgebiet beschränkt blieb, sondern sich auf das ganze Reich hinaus erstreckte: sie wurde zum Vorbild für die übrige Arbeiterpresse.

Nach Bruno Schönlanks Tode wurde Franz Mehring, der glänzende Parteischriftsteller und ohne Zweifel der beste deutsche Stilist der letzten Jahrzehnte, mit der Leitung des Blattes betraut. Mit ihm waren inzwischen die besten Köpfe des internationalen Sozialismus zu Mitarbeitern der „Leipziger Volkszeitung“ geworden; Karl Rausch, Rosa Luxemburg, J. Rostki, Anton Pannekoek, die führenden Sozialisten auch aus dem Auslande schrieben regelmäßig für die „Leipziger Volkszeitung“. Daneben hat eine große Zahl von Journalisten und Politikern, die später außerhalb Leipzigs führende Rollen spielten, in der Redaktion des Blattes die ersten Sporen verdient. Mancher einer ist unter ihnen, der heute nicht Besseres weiß, als die Sache mit Schmutz zu bewerfen, der er ehemals in der „Leipziger Volkszeitung“ gedient hat.

Wie heute ist die „Leipziger Volkszeitung“ ihrer Niedergangstreu geblieben, nicht im dem Sinne, daß sie flauisch nachbetete, was vor 25 Jahren etwa als Standeslapp ausgestellt worden ist,

sondern dadurch, daß sie auf der sicheren Grundlage der wissenschaftlichen Wissenschaft die Probleme, die die Arbeiterklasse beschäftigt, erörtert und auf die Tagespolitik anwendet. Jubiläumsumnummer des Blattes ist ein Beweis dafür, daß die letzte Leistung der „Leipziger Volkszeitung“, daß die heutige Redaktion des Blattes sich der Größe der ihr übertrugenen Aufgaben bewußt ist.

Genosse Haase erinnert an der Jubiläumsumnummer daran, daß die „Leipziger Volkszeitung“ während des Kampfes als die Rechtssozialisten das Zentralorgan der Partei und anderen radikalen Parteinigungen mit Gewalt und Bestechung gerissen haben, tatsächlich zum Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratie geworden war. „Selbst hat gedrängt der Partei, hat sie die Fühne des revolutionären, internationalen Sozialismus jederzeit hochgehalten und dadurch immer wieder ansehnend gewirkt.“ Man muß hinzufügen, daß das Blatt nicht nur noch wirken wollte, sondern zugleich das Spiegelbild der Bewegung in seinem engeren Verbreitungsgebiet darstellte. Es in Leipzig gelungen ist, die Geschlossenheit der Partei zu erhalten und die Spaltung sowohl nach rechts wie links auf ein geringes Maß zu beschränken, so ist das in erster Stelle der Währungsarbeit der „Leipziger Volkszeitung“ zu danken.

Wie, die wir in hartem Kampfe mit Papierknappheit allen technischen Ungünstigkeiten stehen, dürfen wir nicht danken, daß auch heute die „Leipziger Volkszeitung“ in der besten Weise der Parteipresse kämpft. Und wir wissen von Leipziger Parteigenossen nichts Besseres zu wünschen, als ihr Blatt auch künftig die Bedeutung behalten solle, die es im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens errungen hat.

## Die technische Nothilfe.

Dem „Vorwärts“ hat unser Artikel über die „Technische Nothilfe“ nicht gefallen, was wir verstehen können, da er selbst die Schaffung des Instituts mitgewirkt hat. Kann sich doch die „Technische Nothilfe“ bei ihrer Propaganda auf einen Artikel des „Vorwärts“ vom 11. September berufen. Sie legt eine Wertschätzung des Artikels regelmäßig ihrem Werbematerial bei.

Was wir in unserem Artikel im „Vorwärts“ abgedruckt nicht ein Erlaß des Reichswehrgruppenkommandos, sondern Grundzüge der „Technischen Nothilfe“, die uns dieses Jahr selbst zur Verfügung gestellt hat. Die Verordnung des Reichswehrgruppenkommandos, die wir nur an der Spitze der Nothilfe haben — allerdings, um die engen Beziehungen zwischen der Technischen Nothilfe und der Militärverwaltung zuweisen — stammt nicht „aus dem März 1919“, wie der „Vorwärts“ vermeldet, sondern trägt das Datum vom 1. August 1919. Hat der „Vorwärts“ Bedenken darüber? Wir können ihm ein Exemplar dieses Erlasses besorgen. Nichts ist für die „Technische Nothilfe“ und den Einfluß technischer Nothilfe“ bestellt, zur Verfügung zu stellen. Im übrigen mag der „Vorwärts“ abwarten, wie die Frage nach „Anschneiden“.

Stillsch. Unser Feldzug gegen das verbrecherische Abenteurerthum im Baltikum hat überall im In- und Auslande die größte Aufmerksamkeit gefunden. Alle unsere, auf eingehenden und zuverlässigen Informationen gestützten Angaben haben sich stets bestätigt. Die offiziellen Vertuschungs- und Lügenmandate durchkreuzt die journalistischen Kasse und Gold-Gardisten ist das natürlich unangenehm, und so „enthält“ Heilmann und der „Vorwärts“ unsern Artikel von Walter Oehme herühren, dem Herausgeber der oppositionellen rechtssozialistischen „Sturmzeitung“, der kürzlich zur U.S.V. übergetreten ist. Neben dem able Epigonen der Heilmann, Verfasser von Artikeln, die anonym erschienen sind, auszusparen, ist kein Wort zu verlieren. Ebenso überflüssig ist es eigentlich, zu konstatieren, daß der Mann dünnes Zeug schreibt. Oehme hat einen einzigen Artikel über diese Frage bei uns veröffentlicht, dessen Inhalt überhaupt bestätigt hat. Aber das ist ja die journalistische Pflicht, wissen, suchen sie persönlich zu diskreditieren.

Ein Freischußband der Kriegsteilnehmer wurde im Auftrag an die kürzlich in Genf ins Leben gerufene pazifistische internationale Vereinigung der Weltkriegsteilnehmer am 2. Oktober in Berlin veröffentlicht.

Der Waffensubstanz in Spanien. Aus Madrid wird berichtet, daß der Waffensubstanz in ganz Spanien ohne bemerkenswerten Zwischenfall eingeführt worden ist.

## Der Bürger amüsiert sich.

Im Metropolitentheater ist eine für Berlin neue Operette „Sibyll“ eingezogen, die von einem Ungarn komponiert ist und schon in aller Welt erfolgreich gegeben wurde. Sie wurde einer „neudeutschen“ Bearbeitung unterzogen und dem Publikum als große Ausstattungsschau vorgeführt. Musikalisch ist die Sache nicht übel, wenn auch ohne besondere Eigenart oder Ursprünglichkeit, letztlich das alle (leider noch immer militärisch ausgelegte) Operettenrimbium. Eine „internationale“ Sängerin abenteuerlich in Rußland mit einem Großfürsten, einem verheirateten Kumant und einem verheirateten Impresario. Es wird aber keine Katastrophenspektakel auf der Bühne getrieben und „alles wird gut“. Fritz Hofmann singt in der Titelrolle durch ihre künstlerisch faszinierende Art, zu singen und zu spielen, Guido Zwickelberger sorgt für aufgequirlte Komik und auch alle anderen Mitwirkenden, nicht zuletzt die Kostüme der Schneiderarbeiten, beweisen die Beschäftigung durch Klappen und Pöche Stellen doch noch in den Hafen des Saisonstüchels.

Die Revue, die früher im Metropolitentheater zu Hause war, ist jetzt nach dem vom Zentraltheater zum Eden-Theater umgewandelten Hause in der Alten Jalousierstraße übergesiedelt. Man kann aber nicht sagen, daß sie geistlicher oder geschmackvoller geworden ist. Viktor Falkenberg, Leipzig und Pödel als Komponist, Verfasser und Epikureer sind routinisierte Bühnenleute und hätten mit ihrem U. a. w. g. (so ist der Titel der Revue, die noch allerhand Variationen „Und alles wird gut“ getauft wird) schon etwas gewichtiger und geschlossener vorgehen können. Aus ihrer Revue, die nur ein launhaftes Abbild des Tages ist, blinzelt Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ mit Fürstentum und Hohenzollernweiser. Sogar der „alte Herr“ wird in Gestalt einer drallen Soubrette demüthigt. Gefühlsduselei über der Bürger hat es gern und ihm ist nun einmal nicht zu helfen. Er will es halt so und solange die sozialistische Bühne bestehen wird, bleibt sie ihm eine willkürliche Noth.

Bei der Revue im Eden-Theater über den deutschen Zeitgeist gestaut hat, der braucht bei der anderen Revue im Metropoltheater sich über nichts mehr zu wundern. Die Ansprache an Bild und Tonart sind eben beides geworden. So wurde im Berliner Theater die alte Pöche „Dummetiden“ wieder aufgeführt mit Studentenliedern und Illu-

einlagen, von denen die Vollenberg-Parodie der begabten Hilde Wöhrner weitaus die beste war. Aber auch Operette — der Bürger amüsiert sich ...

## Oper und Operettenpreise.

Mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit erörterte Frage der von der Staatsoper veranlaßten Preiserhöhung zu den beiden Erstaufführungen von Pfitzners „Palestrina“ weiß Generalintendant Schilling in einem an uns gerichteten Schreiben auf die Ursachen hin, die auch wir in Anbetracht der Verhältnisse bereits gekennzeichnet haben:

„Die Aufführung des Werkes ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft. Nur durch Heranziehung einer größeren Anzahl außerordentlicher Kräfte konnte es gelingen, während der angestrengten Probenzeit einen Spielplan, wie ihn die Stellung glaubt, sich zur Pflicht machen zu müssen, aufrecht zu erhalten. Während der letzten wichtigen Proben in der nächsten Woche wird sogar die Schließung des Opernbauers an einem Abend und damit der Verzicht auf eine volle Logebeeinahme erforderlich werden. Nicht aus platonischen Gründen, sondern einer leider zunehmenden Nothlage sich bedingend, mußte sich die Leitung zu einer Erhöhung der Eintrittspreise zu den ersten beiden Aufführungen des „Palestrina“ entschließen, in der Hoffnung, dadurch in die Lage zu kommen, daß dieses deutsche Meisterwerk auch in populären Aufführungen zu vollständigen Preisen den weitesten Kreisen zugänglich zu machen, die, wie Sie mit Recht darlegen, das künstlerische Ereignis mit Interesse erwarten.“

Bei der Kritik der angeführten Preise selbst dürfte die höchste in Erwägung zu ziehen, daß auch im Prekedenzen entsprechende bedeutende Werke wie die Uraufführung des „Palestrina“ im Münchener Prinzregententheater nur ermäßigter werden konnten bei einem Durchschnittspreise von 20 M. und zwar zu einer Zeit, da das Geld in Vergleich zu heute noch mindere als fünffache Kaufkraft hatte, ferner daß nicht nur in anderen Kunststätten der ersten Ränge, sondern auch in Operetten-Theatern der ersten Abtheilung für die besseren Plätze Preise von circa 25 M. verlangt und bezahlt werden und endlich, daß die Erhöhung der Preise für die Sitzplätze im 4. Rang nur eine Fortsetzung und die Erhöhung überhaupt keine Erhöhung erfahren. Es handelt sich also um eine Maßnahme, die aus wirtschaftlichen

Gründen geboten ist und die der Opfernwilligkeit der wachsenden Kunstfreunde eine Rechtfertigung aufweist gegenüber der minderbemittelten Kreise. Schilling

Letzten Endes werden freilich alle noch so wohlgegründeten Verbesserungsvorschläge nur wenig nützen. Erst die Freilegung der Kunst aus den Fesseln des Kapitalismus wird die Volk in seiner Gesamtheit zu einer Quelle des Wohlstandes, der Kunst und der Freude machen.

## Mozart-Kammerkonzert.

Dritte Veranstaltung der Freien Volksbühne. Sonne strahlte das dritte Konzert der Freien Volksbühne alle laufenden Gemüther — melodisch überdeutliche Mozartsonate eigenwilliger Grazie entlockte Hermann Scherchen die Wäthnerorchester Besetzung und herrliche Abgeschlossenheit. „Serenata Notturna“ eine entzückende plastische Lieblichkeit. Stil und Behandlung — wie alle Mozart-Serenaden — ein Hauch der profanen Kammermusik, erhält dieses Werkchen sein eigenartliches Kalorien (Pizzicato und Pantentöne) selbstsam fremdartigen Reiz. Das A-Dur-Konzert für Violoncello um dieselbe Zeit entstand, aber viel tieferhaltiger in seinem monien ist, fand in Hermann Grobesmühl seinen erfüllenden Vöndner. Trotz seiner besetzten Kantilene ist er doch technisch (sonders bogentechnisch) so hart außer Übung, daß er in der Verfassung der Effektivität keine wertbaren Dienste zu leisten vermag. Das Hinnemgen zu erweiterer Stimmung werde durch „Wagner-Symphonie“ mit verbleibendem Humor getrockelt. Die glückliche Freigewinn tollster Name — in der Form eines Elements gelächelt — verbleibt nicht nur die falschstafelnde fallstufelnde Dorfmusikanten, sondern noch viel schärfer geillerten Komponier aller Zeiten. In der Walze (tanz) Panamime „Des Petits Mens“, die in den normalistischen Regardis gehört und erst 1912 wieder aufgefunden wurde, fand Streicher und leichter Wäthler in Tang und Amus (tanz) Klanglosigkeit aus.

Das vierte Konzert wird von Sanda Sandow geleitet mit Volney und Walzern für Cambré und Slavica.

# Der Streit der Metallarbeiter.

## In die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend hat beschlossen, die im Kampf stehenden und ausgepöbelten Metallarbeiter materiell zu unterstützen und hat für die nicht direkt im Kampf beteiligten Gewerkschaften Karten zu je 1 M. herausgegeben.

Diese Karten sind für die Vertrauensleute der Gewerkschaften in ihren Gewerkschaften zu entnehmen und mit diesen so schnell als möglich abzurufen.

Gelber, die von anderen, nicht hier angeführten Personen gemittelt werden, sind an

Ulwin Kisten, Engelster 15,

Die Abrechnung für diese Gelber erfolgt öffentlich.

### Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Die Streiklage.

Die Provokationen der Arbeiterschaft durch militärische Besetzung der Werke in Ehren sich. Beieist sind sämtliche Werke des Siemens-Konzerns, ferner A. G. S. Fabrikwerk, Krüger u. Co., N. A. G. Werke und die Akkumulatoren-Werke und die Maschinenfabrik Oberschönebeck.

In den Siemens-Werken erschienen heute morgen acht Automobiler mit Truppen. Der Führer des Aufgebors, ein Hauptmann, berief sich auf einen Befehl des Polizeipräsidenten Ernst. Er solle das Werk besetzen, weil am Sonnabend fünf Streikbrecher erschlagen worden seien.

Diese Behauptung reiht sich trefflich ein in den Krang widerlicher Lügen, die Tag für Tag über die Streikenden verbreitet werden. Auf den Werken in Siemensstadt ist es aber zu keinerlei Streitigkeiten zwischen Streikenden und Truppen gekommen. Durch das Erscheinen von Truppen wird allerdings die Gefahr von Unruhen heraufbeschworen, denn die jugendlichen Soldaten haben ihre Tätigkeit bereits begonnen, indem sie die Streikposten erjagten.

Es kennzeichnet den Polizeipräsidenten, daß er seine Maßnahmen auf Grund heyerischer Verleumdungen der Streikenden trifft. Er erreicht damit nur weitere Verwicklungen des Kampfes. So haben die auf den Werken Siemens-Werke beschäftigten Bauarbeiter infolge der Besetzung des Werkes die Arbeitstätten verlassen. Sie sehnen es ab, unter militärischer Bewachung zu arbeiten.

Auch die Heizer und Maschinenisten halten sich bereit in Bereitschaft. Sie haben in einer Verlammerung einstimmig eine Resolution gefasst, in der sie erklären, daß sie auf den Ruf der Gewerkschaftskommission sofort in den Streik treten werden. Zugleich aber haben sie beschlossen, daß für den Fall, daß sich ihr Sympathiestreik notwendig ergeben sollte, Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelfuhr getroffen werden sollen.

Ferner haben sich 1700 Kohrleger dem Streik angeschlossen.

Weitere tiefgehende Erschütterungen des Wirtschaftslebens dürften somit bevorstehen, wenn es nicht gelingt, die Verhandlungen anzubahnen und die Metallindustrie zum Nachgeben zu zwingen. Am 13. Oktober hat die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Ist der Streik bis dahin nicht beendet, wird sich der Verbandstag mit ihm zu beschäftigen haben, und damit wächst die Gefahr, daß sich die Bewegung weit über Berlin hinaus ausdehnt. Wir sprechen abermals die Hoffnung aus, daß sich der Reichsarbeitsminister seiner Pflicht als unparteilicher Vermittler nicht entziehe.

## Achtung! Ausgesperrte und streikende Arbeiter der Metallindustrie!

Eine weitere Stempelnstempel Nr. 9 ist für Teltow und Umgebung errichtet worden, und zwar bei:

Gransall, Teltow, Potsdamer St. 37.

## Gedächtnisfeier für Ernst Hädel.

Sonntag vormittag veranstaltet die Humboldt-Hochschule im Stadthaus eine Gedächtnisfeier für den am 8. August verstorbenen Rektor der deutschen Naturwissenschaft Ernst Hädel. Dr. Max Apel gab ein Bild von der Lebensarbeit Hädels, der sein, die Fortschritte eines Naturwissenschaftlers weit vortragenden Platonismus als erster das bindende Glied zwischen dem Empirismus der bisherigen Naturerkenntnis und den Abstraktionen der reinen Philosophie als denkende Erziehung formuliert. So wagt er es schon als junger, unbekannter Dogen, für die verlassene Dogmengeschichte Darwins inzutreten und über Darwin hinaus ihre letzten Konsequenzen zu ziehen. Es wuchs bei ihm aus der Naturerkenntnis jene Weltanschauung, die den Menschen völlig den allgemeinen gütigen Naturgesetzen unterordnet.

Im weiteren Verlauf seiner Rede zeigte Dr. Apel, wie durch die Lehre Hädels die Naturerkenntnis der Volksmassen vertieft worden ist, wie Hädel selbst weit über die Arbeit eines glücklichen Forschers hinaus seine freie Weltanschauung in Volkshochschulen und allgemeinverständlichen Schriften verbreitet hat. E. A.

Eine russische Kleinkunstbühne wird Mitte Oktober am Kolonnenplatz eröffnet. Sie wird vor allem die Hauptgebiete der Komik, des Ballet, den Romanz-vortrag, den Pantomime und als Variationskünstler. Es sind erste russische Kräfte verpflichtet worden. Auch deutsche Künstler werden im neuen Theater auftreten.

Der Komponist Jean Louis Nipce, ein geschätzter Symphoniker ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Ein „Siedebrot“ auf der Bühne. Aus München schreibt uns ein Mitarbeiter: In München soll Karl Weisers „Jesus-Heirat“ im Sommer 1920 als Beispiel zur Aufführung gelangen. Der freie religiöse, völkerverständende Menschheitsgedanke, der das Werk erfüllt, ist der Anlaß dazu. Als Introdution und Ergänzung sind „Herrn Mann“ und andere Dichtungen vorgesehen, die im Zusammenhang mit der „Jesus-Heirat“ ein „Siedebrot“ bilden. Deutschlands beste arbeitende Künstler sollen für diese Beispiele gewonnen werden.

Am Bund für Kulturpolitik sprechen Dienstag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im Dölling-Rufmann, Berlin G, Oranienstraße 13 (nahe Spirelmarkt) Schwann-Schneider, Schäfer und Dr. Krüger über „Religion und Revolution“.

# Wo sie selbst regieren.

Unter dieser Epithete machte während der letzten Tage eine Notiz durch die gesamte rechtssozialistische Presse die Kunde, worin die Steuerpraxis der unabhängigen Regierung des Volksstaates Neuh nicht die Weisheit der Reichsregierung behandelt wurde. Wir stellen demgegenüber zunächst fest, daß die U. S. P. im Volksstaat Neuh nicht die Weisheit besitzt. Den Ausschlag geben die Rechtssozialisten. Zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien besteht bis zur Stunde Fraktionsgemeinschaft und an der Spitze des Landessteueramtes steht als verantwortlicher Leiter der rechtssozialistische Abgeordnete Lang.

In der Notiz wird behauptet, daß die unabhängige Regierung den Antrag der Reichsregierung, die Einkommen bis zu 3000 M. steuerfrei zu lassen, mit der Begründung abgelehnt habe, die großen Einkommen dürften nicht mehr belastet werden. Etwas Dummeres ist noch nicht geschrieben worden. Wäre der Antrag der Reichsregierung angenommen worden, so wäre die gesamte Bauernschaft von der Einkommensteuer befreit gewesen. Das sollte vermieden werden. Der rechtssozialistische Steuerrat geht auch über die soziale Struktur, wie sie in Neuh besteht, vollständig hinweg. Deshalb ist es auch lediglich ein Täuschungsversuch, wenn er den Nachdruck darauf legt, in Neuh bestünde die Steuerfreiheit nur bis zu einem Einkommen von 1200 M. Sie wird demnach auf 1500 M. heraufgesetzt. Die soziale Gliederung in Neuh ist aber so hart kleinbürgerlich, daß die Regierung zu dieser Steuererleichterung gezwungen ist. Dazu kommt das noch bestehende Elend der Kleinrentner. Treibt Neuh, das von allen Seiten von rechtssozialistischen Kleinrentnern umgeben ist, aber eine wesentlich stabilere Steuerpolitik, so gibt es für die wenigen Kapitalisten nichts Bequemereres, als einige Kilometer nach Osten oder Westen zu verziehen. Trotzdem werden aber in Neuh zu der Einkommensteuer Zuschläge in einer Höhe erhoben, wie in keinem Thüringer Staat und in keinem deutschen Bundesstaat. Und zwar beginnen diese Zuschläge bei einem Einkommen von über 6000 M. mit 100 Prozent und steigen progressiv bis 300 Prozent bei einem Einkommen von einer Million und darüber. Weiter ist die Vermögenssteuer in Neuh ganz bedeutend höher als in jedem der Thüringer Kleinrentner. Aber darüber schweigt sich der rechtssozialistische Steuerrat wohlweislich aus; das hätte ihm auch vollständig das Konzept verdoht. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die russische Landesregierung den Kirchenzuschlag nach dem Beispiel von der Stadtverwaltung Oera abgelehnt worden war, zwangsweise in den Etat stellte. Alle rechtssozialistischen Organe wissen ganz genau, daß die russische Landesregierung zu dieser Handlung, wie zu vielen anderen, durch die famose Reichsverfassung, gegen die die Vertreter der U. S. P. geschickt haben, gezwungen ist. Das Niedertreten der rechtssozialistischen Kampfesweise kann nicht besser charakterisiert werden, als durch diese bewusste Entstellung.

Die Regierung des Volksstaates Neuh ist in allen entscheidenden Fragen von der Reichsregierung abhängig. Die grundlose Politik der Rechtssozialisten in Weimar und Berlin wirkt leider auch sehr stark auf die Gliederungen zurück. Ohne die aktiven Eingriffe der Reichsregierung wäre z. B. in Neuh die Enteignung des bisherigen Fürsten vollzogen und mit der Sozialisierung wäre aktiviert begonnen worden; als damit begonnen werden sollte, kam der rechtssozialistische Reichsminister mit dem berüchtigten „Lugesehlt“. Aber über diese leibigen Dinge schweigt sich die rechtssozialistische Presse vollständig aus, sie verlegt sich holt dessen aufs Verdrängen, was in ihrer Lage freilich viel bequemer ist.

## Antisemitismus und Sozialismus.

Uns wird geschrieben: Der größte Skandal der Berliner Universität war dieser Tage von Studenten gefasst, die ein Vortrag des Genossen Jenßen angereizt hatte. Jenßen bediente sich zur Erklärung des jüdischen antijudaismus ausschließlich der Reichslehre des historischen Materialismus. Er lehnte jede Rassenlehre als wissenschaftlich nicht beweisbar ab. In enger Anlehnung an die Ausführungen von Karl Marx über die Judenfrage sprach der Vortragende dann von der Emanzipation der Juden, die durch die Entwicklung von Christen zu Trägern einer den Juden zugeschriebenen kapitalistischen Anschauungsweise vollzogen sei. Das diesen Ausführungen folgendes Gebrauh der zahlreich anwesenden antisemitischen Elemente, das lebhaft an den Verlauf kriegspatriotischer Feste erinnerte, veranlaßte den Referenten zu der Feststellung, daß Hegelsche Dialektik allerdings Akademikern nicht immer verständlich sein könnte. Jenßen führte weiter aus, daß die jüdische Bewegung bei den Juden nur eine romantische Reaktion auf das schnelle Fortschreiten der unaufrichtigen Angleichung an die westeuropäische Kultur sei. Durch eine Reihe von zum Teil sehr originellen Parallelen zur Entwicklung jüdischer Eigenarten bei anderen Völkern suchte er alle jene Erscheinungen zu erklären, die, wie etwa die unverhältnismäßig starke Beteiligung der Juden am geistigen und wirtschaftlichen Leben, von realen und antisemitischen Claqueurs heute zur Aufschmelzung unangenehmer Massen benutzt werden. Das treffende Wort, daß der Antisemitismus der Sozialismus der dummen Kerle sei, erregte bei einem Teil der Versammlung heftige Mißfallen. Zum Schluß streifte der Redner die besonders brennende Frage der Lage des Proletariats der geistigen Arbeiter, dessen unheimliches Anwachsen zu einem beispiellosen Konkurrenzkampf gerade auf den Universitäten gefast hat. Schon Bedel habe als dessen Folge ein Erstarren des „nationalen Antisemitismus“ der ansatz aus ihrer Sauf- und Festkommentwelt ausgehenden „germanischen“ Studentenschaft propagiert. In dem vorbildlichen und gerade für die gesamte Wissenschaft so überaus fruchtbareren Freundschaftsbündnis des „Juden“ Karl Marx und des „Kriegers“ Friedrich Engels sah Jenßen ein Symbol für das brüderliche Zusammenwirken aller Rassen und Religionen in der künftigen sozialistischen Gemeinschaft arbeitender Weltbürger.

Hatten während des Vortrags die anwesenden Antisemiten durch Drallen und Schimpfen ihre Anwesenheit bekundet, so wurde in der Diskussion von diesen „geistigen“ Watten so starker Gebrauch gemacht, daß man es vorzog, die tobende akademische Versammlung zu verlassen.

## Sie waren nur auf dem Boden.

Der „Vorwärts“ entrieste sich gestern darüber, daß wir die Mitteilung getraut hatten, daß der rechtssozialistische Abgeordnete Solla am mit seinen Redaktionskollegen im August 1914 auf das Dach gestiegen sei, als ein militärisches Auto vor dem Hause hielt. In der Berichtigung des Herrn Solla, daß er nicht auf dem Dach gewesen sei, wird uns nun von einem Genossen, der in der damaligen Zeit Funktionär in der Parteiführung in Köln war und an allen Sitzungen der engeren Parteiführung teilgenommen hat, folgendes mitgeteilt: „Es ist richtig, daß die Soldaten nicht auf das Dach gestiegen sind. Sie sind nur bis auf den Boden gekommen, denn das Auto mit dem Offizier, der als Ordnungsmann nur einen Gouv. ernmentbefehl zur Verhinderung zu überbringen sollte, war inzwischen wieder abgefahren. Ich — wer kann es wissen —

wäre man wohl auch vor dem Ausstieg auf das Dach kaum zurückgeblieben.“

Diese „unartige“ Tat wurde damals von den Beteiligten entschuldigend durch den Hinweis auf den bekannten Geheimlaß des kommandierenden Generals des VII. Armee-Korps, Freiherr von Bissing, der besagte, daß im Fall einer Rohlmachung sämtliche sozialdemokratischen Agitatoren, Redakteure usw. zu verhaften seien. Geschehen ist das Selbststück in den Vormittagsstunden des 2. August 1914.

Vielleicht erkundigt sich der Held des Kölner Polizeiprozesses einmal bei den Kölner Parteiführern Runge und Pfand, wie es kam, daß diese Angelegenheit so bekannt geworden ist.

Wir würden von dieser Mitteilung keinen Gebrauch gemacht haben, wenn sich nicht Herr Solla und seine Kollegen in der „Rheinischen Zeitung“ während des Krieges erst zu jener Sorte von Sozialdemokraten entwickelt hätte, die sich des größten Chauvinismus befleißigen, von anderen Mut, Auspöbelung und Einschüchterung der ganzen Persönlichkeit verlangten, selbst aber einen erheblichen Mangel an diesen Eigenschaften zeigten.

## Der Stand der Arbeitslosigkeit.

In der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ wird versucht, einen Überblick über den derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu geben. Die Angaben stützen sich auf die Nachweisungen über die Zahl der von der Regierung für die Arbeitslosen im Reich erlassenen Arbeitsstellen, berücksichtigen also nicht das große Heer derjenigen Arbeitslosen, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ist die Zahl der Erwerbslosen für die Arbeitsstellen, also nicht die Zahl der überhaupt Arbeitslosen, seit Juni ständig zurückgegangen. Sie betrug zur Zeit etwa 600.000. Am härtesten ist sie natürlich in den Großstädten. So entfallen auf 1000 Einwohner in Berlin 42, in Städten mit über eine halbe Million Einwohnern 38, in den Großstädten unter 500.000 Einwohnern 7 Unterstützungsberechtigten. Auf dem Lande wird nirgends Unterstützung gezahlt.

Der angegebene Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Juni ist nur scheinbar und hauptsächlich auf die engere Auslegung der Bedingungen zurückzuführen, die für die Unterstützungsberechtigung erfüllt sein müssen. So werden vielfach Arbeiter, die durch Streiks der Kohlenbergbauern, durch Kohlennot usw. vorübergehend arbeitslos werden, nicht unterstützt. In Wahrheit verschlechtert sich die Lage am Arbeitsmarkt andauernd und wird katastrophal werden, wenn erst alle Kriegszugewinne zurück sind!

## Preissteigerung als Folge des Abbaues der Zwangswirtschaft.

Zu dem 1. Oktober ist nun auch der Vertrieb von Kupfer und Aluminium für den Handel freigegeben worden, ebenso wie schon seit längerer Zeit Blei und Zink ohne Kontingenzschein veräußert wurden. Die Folgen der Freigabe sind dieselben wie in allen sonstigen Fällen: sie bestehen in einer starken Preissteigerung. Für Blei und Zink ist sie bereits eingetreten, für Kupfer und Aluminium angekündigt. Die Verwirklichung wird nicht lange auf sich warten lassen. Das ist eben der eigentliche Sinn des Verlangens nach dem sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft, die Absicht des Unternehmers, die Preise und damit die Profite zu erhöhen. Diesem Begehren muß natürlich die rechtssozialistische Regierung folgen, da sie sich ja durchaus auf die Unternehmer stützt und in ihrem Interesse den Kampf gegen die sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse führt.

## Gewerkschaftliches.

### Achtung, Schuhmacher!

In dem schweren Kampfe, den die Metallarbeiter Berlins durchzumachen haben, den sie auch letzten Endes für die gesamte Arbeiterschaft zum siegreichen Ende auskämpfen müssen, ist es notwendig, daß sich auch unsere Kollegen aktiv beteiligen an der Sammlung für die finanzielle Unterstützung der Streikenden beteiligt. Wir erwarten, daß die bei unserem Kassierer erhaltenen Karten von allen Vertrauensleuten zum Vertrieb in den Betrieben sofort entnommen werden und daß möglichst viele Mitglieder mindestens wöchentlich drei Marken, männliche jedoch mindestens fünf Marken abzunehmen und ins Mitgliedbuch einzuflehen haben. Die Ortsverwaltung, J. A.: Gollmerhaus.

Die Verhandlungen über die Gruppenverträge für die technischen Angestellten der Straßenbahn werden, nachdem der Schlichtungsausschuss in der vorigen Woche nur einen Teil der Forderungen der Angestellten bewilligt hat, in dieser Woche die zweite Sitzung, den Großen Ausschuss, beschäftigen. Es handelt sich um die Forderung zum Reichslohnvertrieb, durch die eine Erhöhung der Löhne vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember unter dem Einfluß der Erhöhung der Löhne in der Metallindustrie von den technischen Angestellten der Betriebsinstitute gefordert wird. Die Arbeitnehmer haben den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anerkannt, von dem Arbeitgeber liegt noch keine Nachricht vor.

Achtung! Bauarbeiter! Die Maurer und Bauarbeiter für das Hochhausgewerbe haben am Dienstag, den 7. d. M., abends 7 Uhr, in 60 Bezirksversammlungen durch Abstimmung über das Angebot der Unternehmer — betreffend Lohnhöhe — zu entscheiden. Die Abstimmung der Aktion der Gips- und Zementbranche erfolgt in besonderen Versammlungen. Die Lokale werden in der Morgenansage am Dienstag, den 7. d. M., bekannt gegeben. Der Vorstand bittet, dies beachten zu wollen. Ferner geben wir bekannt, daß die Verhandlungen für das Tischlergewerbe ihrem Ende nahen und die Mitglieder ebenfalls in einer besonderen Versammlung hierzu Stellung nehmen. Der Vereinsvorsitzende.

Ausgesperrte und streikende Metallarbeiter Groß-Berlins. Wir haben für den Ort Teltow und dessen Umgegend eine Stempelnstempel Nr. 9 eingerichtet und zwar bei Gransall, Teltow, Potsdamer Straße 37. Die Streikleitung.

Der Stundenlohn für Zimmerer für das Wohngebiet Groß-Berlin beträgt nicht 3,10 M. wie irrtümlich mitgeteilt, sondern 3,20 M. Eine vom 2. Oktober rückgegebene gemeinsame Arbeiterversammlung hatte das Angebot der Unternehmer, 3,10 M. zu zahlen, abgelehnt und der Schlichtungskommission den Auftrag gegeben, mit dem Verband der Arbeitgeber in nochmalige Verhandlung zu treten. Darauf erhöhten die Unternehmer ihr Angebot auf 3,30 M.

Deutscher Buchbinder-Verband, Montag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Friß Wegner, Scharnhorststraße 30, Versammlung aller in den Betrieben der Buchbinder photographischer Karten und zellebenden Kartons beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Bericht über die Tarifverhandlungen.

Die Lohnbewegung der Wächter und Wächterinnen bei der Schöneberger Wache und Schlichtungsausschuss Schöneberg, Kaiser-Wilhelmsplatz 1, ist durch Anerkennung des Tarifes geregelt worden. Deutscher Transporthilfsverband, Sektion 7, Brande des Wächter, W. G., Wartenberg Straße 44.

